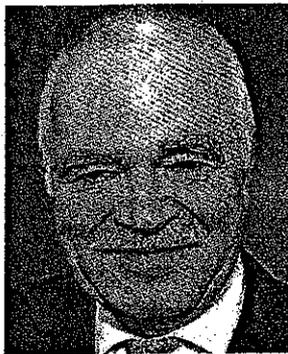


„Der Tatort ist Deutschland,

hier leben die Betrugsopfer“



Peter Gauweiler (CSU) war Innen-Staatssekretär und Umweltminister in Bayern. Er ist derzeit Bundestagsabgeordneter, Rechtsanwalt und regelmäßiger Kolumnist unserer Zeitung. AP

Ein Bankenkrimi erschüttert Amerika – und Deutschland. Nach Goldman Sachs sieht sich nun auch die Deutsche Bank mit Betrugsvorwürfen und Schadenersatzforderungen konfrontiert. Wir sprachen mit dem Münchner CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler, der die Rolle der Deutschen Bank beim Kollaps des Mittelstandsfinanziers IKB schon vor zwei Jahren in einem Rechtsgutachten des Freiburger Professors Walter Perron untersucht ließ.

■ Die Bayerische Landesbank gibt ihrer Beratungsbank Goldman Sachs den Laufpass, weil diese von der amerikanischen Börsenaufsicht SEC des Betrugs beschuldigt wird. Ein richtiger Schritt?

Ich kann das nicht beurteilen, weil ich die Details der Geschäftsbeziehungen der BayernLB zu Goldman Sachs nicht kenne. Der Schritt scheint zumindest logisch. Unabhängig davon stellt sich die Frage, ob und wann die Bayerische Landesbank Schadenersatzansprüche geltend macht für die schweren Verluste, die ihr internationale Großbanken durch den Verkauf wertloser Kreditderivate zugefügt haben.

■ In Deutschland ist die Aufregung über Goldman Sachs groß, Regierungspolitiker fordern Ermittlungen auch der deutschen Finanzaufsichtsbehörde Bafin gegen die US-Investmentbank.

Dabei steht hierzulande auch die Deutsche Bank unter Druck, der ebenfalls dubiose Machenschaften im Zusammenhang mit dem Untergang des Mittelstandsfinanziers IKB unterstellt werden.

Die staatseigene KfW-Bank musste die IKB damals mit 10 Milliarden Euro stützen, nachdem diese von der Deutschen Bank massenhaft faule Papiere erworben hatte. Sie selbst haben vor zwei Jahren beim Wirtschaftsrechtler Professor Walter Perron ein Gutachten in Auftrag gegeben, das zu dem Ergebnis gekommen ist, dass Schadenersatzansprüche gegen die Deutsche Bank bestehen können, da diese die mangelnde Werthaltigkeit der Papiere gekannt habe. Was ist seither passiert?

Leider nichts. Die Bankenkrise war bekanntlich auch eine Krise der Bankenaufsicht. Bei der bisherigen Bewältigung dieser Krise hat unser deutsches Bundesaufsichtsamt für das Finanzwesen, die Bafin, den Aufklärungswert eines nassen Streichholzes. Die Feststellungen von Professor Perron, die sich auf öffentlich zugängliche Berichte über den Handel mit „Subprime-CDOs“ stützen, sind von den zuständigen Finanzbehörden offensichtlich nicht einmal an die zuständigen Staatsanwaltschaften weitergeleitet worden, obwohl jedenfalls aus diesen Berichten hervorging, dass zum Beispiel die Deutsche Bank auf den Verlust der Derivate gewettet hat, die sie der IKB als werthaltig verkaufte.

■ Können Sie uns erklären, warum sich nichts tut? Ich will keine unpassenden Bezüge herstellen, aber warum tut Italien so wenig gegen die Mafia? Stellen Sie mir bitte eine leichtere Frage.

■ Was sind Ihre Forderungen an die deutsche Finanzaufsicht und die Politik?

Ich habe meine Vorschläge für eine Neuordnung von Organisation und Inhalt der Bankenaufsicht und einer Wiederherstellung der Bilanzklarheit bereits im letzten Jahr in einem Schreiben an meinen Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder zusammengefasst. Dabei geht es unter anderem um die Bündelung der Aufsichtstätigkeit von Bundesbank und Bafin in einer Behörde, ein Verbot von Bankwetten, die Begrenzung der Betätigungsfelder von Banken und volle Informationen über alle Risiken aus Zweckgesellschaften.

■ Was passiert, wenn deutsche Behörden und Politiker passiv bleiben und Schadenersatzforderungen weiter unterbleiben? Erwägen Sie dann selbst eine Anzeige?

Jetzt ist der Staat dran! Unter dem Gesichtspunkt des Legalitätsprinzips halte ich es für unvorstellbar, dass nach den Berichten über die Erkenntnisse der amerikanischen Börsenaufsicht SEC vom Wochenende über den Kundenbetrug bestimmter Großbanken unsere deutschen Staatsanwaltschaften untätig bleiben. Der Tatort liegt in Deutschland, hier sind die mutmaßlichen Täuschungshandlungen begangen worden, und hier leben die Betrugsopfer.

Interview: Georg Anastasiadis

Einigung in der Spitzel-Affäre

Der Deutschen Bank bleibt ein peinlicher Prozess vor dem Arbeitsgericht erspart. Sie hat sich außergerichtlich mit dem ehemaligen Leiter der Investor-Relations-Abteilung, Wolfram Schmitt, sowie dem entlassenen Sicherheitschef Rafael Schenz auf Abfindungszahlungen geeinigt, berichtet das Wall Street Journal. Schmitt bekommt dem Bericht zufolge eine Abfindung in Höhe von etwa fünf Millionen Euro. Eine Zahl für Schenz wurde nicht genannt. Die größte deutsche Bank hatte die beiden Manager entlassen, weil sie ihnen vorwarf, 2006 einen Detektiv als Spitzel auf einen Aktionär angesetzt zu haben, dem Verbindungen zum Medienunternehmer Leo Kirch nachgesagt worden waren. Außerdem soll Schenz versucht haben, eine Praktikantin in die für Kirch arbeitende Anwaltskanzlei Büb Gauweiler & Partner einzuschleusen. Peter Gauweiler vertritt als Anwalt Leo Kirch in mehreren Verfahren gegen die Deutsche Bank. Allerdings droht weiterhin eine öffentliche Gerichtsverhandlung in der Sache. Die Staatsanwaltschaft ermittelt noch. mm